

# Danziger Zeitung.

Nr. 18887.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Reiterhagengasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

## Der Kaiser in Bonn.

Wie die „Bonner Zeitung“ meldet, erschien der Kaiser am Mittwoch Abend 9 Uhr im Dreikaiserhof des „Köln Hofes“, um dem Antrittscommer des Corpsstudenten beizuwohnen. Der Saal war prächtig geschmückt; auf den Galerien hatten Damen Platz genommen. Der Kaiser übernahm das Präsidium und commandirte den ersten Salamander auf die Bonner Corps. Nach einer Ansprache des Vertreters des Köfener S. C., Dr. Moldenhauer, erwiderte der Kaiser etwa Folgendes:

„Der Herr Vorredner hat soeben als Vertreter des Köfener S. C. Worte des Dankes an mich gerichtet und die dabei ausgesprochenen Gefinnungen veranlassen mich, dem gesammten S. C. Dank zu sagen. Ich sehe in jenen Worten die alten Gefinnungen des Bonner S. C. bestätigt, wie sie noch jetzt in Ihrem Herzen befehlen, und sehe, daß noch jetzt ebenso wie bisher über die Zwecke und Ziele des deutschen Corps gedacht wird. Es ist meine feste Ueberzeugung, daß jeder junge Mann, der eintritt in ein Corps, durch den Geist, welcher in denselben herrscht und mit diesem seine wahre Richtung für das Leben erhält, denn es ist die beste Erziehung, die ein junger Mann für sein späteres Leben bekommt, und wer über die deutschen Corps spottet, der kennt ihre wahren Tendenzen nicht. Wer aber Corpsstudent wie ich gewesen ist, weiß das am besten. Ich danke dem S. C. für seine Theilnahme an dem mir dargebrachten Tackel und freue mich, daß durch denselben die guten Beziehungen der gesammten Corpsstudenten wieder hergestellt sind. Ich hoffe, daß es so bleiben wird, denn die Einmütigkeit ist ein Gewinn für die ganze Universität und wird auch ein Gewinn für den gesammten S. C. der deutschen Universitäten sein. Ich hoffe, daß, so lange es deutsche Corpsstudenten giebt, der Geist, wie er im Corps gepflegt, und durch den Kraft und Muth gestärkt wird, erhalten bleibt und daß Sie freudig den Schlagen führen werden.“

Der Kaiser erwähnte sodann die Studentenmenuren und fuhr etwa also fort:

„Wie im Mittelalter durch die Turniere der Muth und die Kraft gestärkt wurden, so wird auch durch den Geist und das Leben im Corps der Grad von Festigkeit erworben, der später im großen Leben nöthig ist und der bestehen wird, so lange es deutsche Universitäten giebt. Sie haben auch meines Sohnes heute gedacht; dafür danke ich Ihnen von Herzen. Ich hoffe, daß derselbe, wenn er soweit gekommen ist, bei dem hiesigen S. C. eintreten und dieselben freundlichen Gefinnungen wiederfinden wird, wie ich sie hier gefunden habe. Und nun, meine Herren, noch ein Wort, besonders an die Jüngeren, die im ersten Semester zum ersten Male sich anschauen, den Geist der Corps zu pflegen. Stählen Sie Ihren Muth und Ihre Disziplin in dem Gehorsam, ohne den unser Staatsleben nicht bestehen kann. Ich hoffe, daß bereits viele Beamte und Offiziere aus Ihrem Kreise hervorgehen. Wie viele bedeutende Herren haben wir hier unter uns, Gelehrte, Beamte, Offiziere und Kaufleute! Ich hoffe, daß der Geist der Einheit des Köfener S. C. im Bonner S. C. weiter leben wird, und daß dies auch an allen anderen Universitäten der Fall sein möge. Und nun erhebe ich mein Glas und trinke auf das Wohl des Bonner S. C. und der gesammten Corps. Sie leben hoch! hoch! hoch!“

Später richtete der Kaiser das Wort an die alten Herren, welche das Fest durch ihr Erscheinen verschönert hätten, und commandirte einen Salamander auf die alten Herren. Auf die Kaiserin wurde ein vom Kammerpräsidenten A. D. Schorn gesprochenes und begeistert aufgenommenes Hoch ausgebracht. Beim „Gemeinsamen“ trank der Kaiser, welcher 28 Semester zählt, auf den Bonner S. C. Um 12 Uhr begann der „Landesvater“. Bald nach 12 Uhr verließ der Kaiser den Festsaal unter brausenden Hurraufen der Anwesenden und fuhr mit dem Prinzen von Schaumburg-Lippe nach der Villa Löschig zurück.

Gestern (Donnerstag) wohnte der Kaiser, sowie

## Jahresversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung.

(Originalbericht der „Danz. Zeitung“.)

I.

Muskau, 7. Mai.

Die Gesellschaft hat diesmal wieder, wie schon 1879 in Danzig, den Versuch gemacht, ihre Generalversammlung in Verbindung mit der Versammlung eines ihrer Landesverbände abzuhalten. Dieser Versuch ist nach allen Richtungen hin glücklich. Es ist seit mehreren Jahren keine Generalversammlung abgehalten, welche unter so lebhafter Theilnahme stattgefunden und so viele Anregungen für die zukünftige Thätigkeit gegeben hat, wie die diesjährige. Dem Märkisch-Lausitzer Verbande gebührt dies Verdienst. Er hatte eine kleine Stadt ausgewählt, aber einen Platz, der durch seine historischen Erinnerungen und durch die wundervolle Natur einen besonderen Reiz gewährte. Man hat sich hierbei nicht geirrt. Die beiden Tage boten alles, was man nur verlangen kann — ein lebhaftes Interesse der Bevölkerung bei allen Parteien und eine Waldbandschaft im schönsten Frühlingschmuck.

Wenn auch das Städtchen auskaut wie aus einer Nürnberger Holzschachtel genommen und nichts Hervorragendes bietet, so ist doch seine Umgebung eine der größten Merkwürdigkeiten Deutschlands, sie enthält eine seiner herrlichsten und größten Parkanlagen. Graf Büdler, dem Goethe einst die Worte sagte: „Die Natur ist das dankbarste, wenn auch unergründlichste Studium; denn sie macht den Menschen glücklich, der es sein will.“ — schuf aus einer auf das tiefmütterlichste behandelten Umgebung, aus dürftigen Aehren, sauren Wiesen, Sand- und Sumpfflächen einen Park, der seines Gleichen sucht. Als dem genialen Schöpfer die Parze dem Lebensfaden durchschnitt, ließ der Prinz Friedrich der Niederlande das noch Unvollendete im Geiste der Anlage fertig stellen. Ehe die Sitzungen begannen, ehe die Männer, die sich berufen fühlen, im Garten der Menschheit veredelnd, verbessernd

der Prinz und die Prinzessin zu Schaumburg-Lippe dem Gottesdienste in der evangelischen Kirche bei, bei welchem der Pastor Bierregge die Predigt hielt.

Der Kaiser hat dem Rector der Universität Prof. Hüffer den rothen Adlerorden 3. Klasse sowie dem städtischen Beigeordneten Eller und dem Prof. Wendelin Förster den rothen Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Der Großherzog von Luxemburg ist gestern Vormittag 10<sup>1/2</sup> Uhr zum Besuch bei Sr. Majestät dem Kaiser Wilhelm eingetroffen.

## Telegraphische Nachrichten der Danz. Ztg.

Breslau, 7. Mai. Der heutigen Gedächtnisfeier für General-Feldmarschall Graf Moltke wohnten die Spitzen der Militär- und Civil-Beörden, zahlreiche Vertreter der Corporationen und der Studentenschaft, die Mitglieder der Moltke'schen Familie, sowie zahlreiche Personen aus allen Ständen und Berufsklassen bei. Die Gedächtnisreden hielten Professor Kaufmann und Geheimrath Weßky.

Mech, 7. Mai. Heute früh wurde der Oberstleutnant Prager vom königl. sächsischen Füsilier-Regiment Nr. 12 ermordet im Bette vorgefunden. Der Ermordete zeigte eine tiefe, bis auf das Rückgrat gehende; Schnittwunde am Hals neben ihm im Bette fand sich ein abgebrochener Hammer vor. Offenbar ist der Offizier, ein Junggeselle, in der Nacht überfallen, nach einiger Gegenwehr durch Hammerschläge auf den Kopf betäubt und dann durch den Schnitt in die Aehle getödtet worden. Die gerichtliche Untersuchung ist sofort eröffnet; die Thäter sind unbekannt. Die Umstände lassen auf einen Raubmord schließen.

Wien, 7. Mai. Die Buchdrucker und Schriftgießer beschloßen in einer heute stattgehabten, von etwa 2000 Personen besuchten Versammlung mit großer Majorität, den allgemeinen Buchdruckerstreik sofort zu erklären. Derselben fordern eine Reducirung der Arbeitszeit von 9<sup>1/2</sup> auf 9 Stunden, die Aufhebung der 14tägigen Rindigungsfrist und die Einschränkung der Ueberstundenarbeit. Die Zeitungsseher sind nicht ausständig.

Paris, 7. Mai. Der Marineminister Barben bestätigte in der heutigen Sitzung des Ministerathes, daß in der vergangenen Nacht während eines von der Norddivision der Panzerflotte ausgeführten Angriffsmanövers gegen Cherbourg das Torpedoboot „Edmond Fontaine“, von dem elektrisches Licht des Kriegsschiffes „Surcouf“ geblendet, durch einen Kreuzer angerannt worden sei. Das Torpedoboot sei dann über seichte Stellen in die Nähe der Hafeneinfahrt geschleppt worden. Die Hebung werde voraussichtlich ohne Schwierigkeiten erfolgen. Bei dem Unfall habe ein Quartiermeister den Tod in den Wellen gefunden.

Paris, 7. Mai. Der Ministerrath beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung auch mit der Frage der Amnestie der anlässlich der Vorgänge am 1. Mai Verurtheilten, verschoß jedoch die Beschlußfassung auf morgen. Das Cabinet soll, dem Vernehmen nach, gewillt sein, alle wegen Strikes, Widerstandes gegen die Polizei und Beleidigung der letzteren Verurtheilten zu amnestiren, diejenigen dagegen, welche gelegentlich der Kundgebungen am 1. Mai qualifizierte Verbrechen begingen, von der Amnestie auszuscheiden.

Die Volkszählung in Lyon ergab 430 322 Einwohner gegen 401 930 im Jahre 1886.

Paris, 7. Mai. Der Präsident Carnot hat sich heute Vormittag nach Orleans begeben, um an der dort stattfindenden Jeanne d'Arc-Feier theilzunehmen.

London, 7. Mai. Dem „Reuter'schen Bureau“

zu wirken, sich zu erstem Berathungswerke vereinigten, durchstreiften sie den Park. Die Sonne glüht zwischen den jarten Blättern, in der Nähe des großen Schlosses, an den Ufern des Sees singt die Nachtigall, im Walde droben arbeitet der Spedat, daß es hell durch die klare Morgenluft dringt, daß es hell durch die klare Morgenluft dringt, daß es hell durch die klare Morgenluft dringt.

Die Verhandlungen der Generalversammlung waren sehr lebhaft; die Zeit reichte bei weitem nicht aus, um die auf der Tagesordnung befindlichen Fragen zu erledigen. Mit Genugthuung wurde es begrüßt, daß der jetzige Besitzer der herrlichen Herrschaft und des Schlosses Muskau, Graf Arnim, der als Reichstagsmitglied der konservativen Partei angehört, sich bei den Verhandlungen des zweiten Tages betheiligte und sein und seiner Freunde Interesse an den Bestrebungen der Gesellschaft ausdrückte.

Nach einem einleitenden Gesange des Muskhauer Männer-Gesangsvereins begrüßte Herr Bürgermeister Anoll die Versammlung im Namen der Stadt, worauf weitere Begrüßungsansprachen folgten. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Herr Abgeordneter Richter, dankte, sprach seine Freude über die zahlreiche Theilnahme aus und brachte eine größere Zahl von telegraphischen Begrüßungen zur Kenntniß. Die Neuorganisation der Gesellschaft habe sich bewährt. Um die Ziele der Gesellschaft vollständig zu erreichen, ist vor allem die Gewinnung neuer Mitglieder nöthig. Die Erfolge in dieser Hinsicht sind recht erfreulich. Herr Richter verwahrt die Gesellschaft gegen den Vorwurf, daß sie nur ein Werkzeug bestimmter politischer Parteien sei. Die Gesellschaft verfolgt

wird aus Capstadt von heute gemeldet, zwei Häuptlinge des Gungunhana-Stammes seien nach England abgereist, um der Königin den Wunsch der Gungunhana, unter englische Schutzherrschaft zu treten, vorzutragen und ihrer Ergebenheit gegenüber England Ausdruck zu geben.

Brüssel, 7. Mai. Die städtischen Behörden haben Ordre erhalten, sich auf die Einberufung von 2 Klassen Militärtruppen vorzubereiten.

Brüssel, 7. Mai. Die Behörden von Lüttich haben um Verstärkung der Truppen gebeten.

Washington, 6. Mai. Dem Vernehmen nach hat der Unionsgesandte Porter in Rom ein bereits vor dem Eintritt der Vorgänge in New Orleans eingereichtes Urlaubsgesuch mit Rücksicht auf die in Rom nunmehr eintretende ungesunde Jahreszeit wiederholt und wird dasselbe voraussichtlich bewilligt erhalten. Der Urlaub wäre dem Gesandten, der seinen Posten seit 2 Jahren nicht verlassen hat, schon früher bewilligt worden, wenn der Zwischenfall von New Orleans nicht eingetreten wäre und zu den Differenzen der Union mit Italien Anlaß gegeben hätte.

Newyork, 7. Mai. Gestern Abend und heute früh fanden auf zwei verschiedenen Bauholz-Lagerplätzen in Long-Island City zwei große Feuersbrünste statt. Der durch das Feuer am gestrigen Abend angerichtete Schaden wird auf eine Million Dollars geschätzt, der von dem heute früh ausgebrochenen Feuer verursachte Schaden ist noch nicht abgeschätzt, da das Feuer noch nicht vollständig gelöscht ist.

Newyork, 7. Mai. Nach einer, bisher anderweit nicht bestätigten, Depesche aus Panama wäre in Costarica eine Revolution ausgebrochen, der Präsident Rodriguez hätte in Folge dessen eine Proclamation erlassen, durch welche die verfassungsmäßig verbürgte Freiheit der Person aufgehoben werde.

Buenos-Ayres, 7. Mai. Der argentinische Senat ist auf den 8. Mai einberufen, der Congreß wird eine Woche später eröffnet werden. Dem Vernehmen nach wird in der Hofchaft des Präsidenten die Aufhebung der Steuer auf die Deposten der Privatbanken beantragt werden.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 8. Mai

### Vertagung des Reichstags.

Ueber die Vertagung des Reichstags sind nunmehr die erforderlichen Bestimmungen getroffen. In Vertretung des Reichskanzlers hat Staatsminister v. Bötticher dem Reichstage den Antrag, der Vertagung bis zum 10. November zuzustimmen, zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorgelegt. Der Zeitpunkt der Vertagung ist nicht festgestellt, da aber die Regierung nun wirklich auf die Vertagung des Telegraphenmonopolgesetzes vor der Vertagung verzichtet, so steht nichts entgegen, daß die letztere schon am Sonnabend eintritt. Sollte der Reichstag heute mit der Erledigung der Tagesordnung, auf der sich außer der 1. und 2. Berathung der Generalakte der Brüsseler Antisklaverei-Convention noch Berichte der Rechnungskommission und die dritte Berathung des Zuckerzollgesetzes befinden, nicht fertig werden, so ist eine Abend-sitzung in Aussicht genommen. Am Sonnabend folgt zunächst die zweite Berathung des Nachtragsetats und die dritte des Branntweinsteuer-gesetzes. Bei dem allseitigen Wunsche, die Vertagung nicht hinauszuschieben, wird gewiß von keiner Seite ein Widerspruch gegen den Vorschlag erfolgen, die dritte Berathung des Nachtragsetats noch an demselben Tage vorzunehmen. Sonstige

Ziele, welche von allen Parteien unterstützt werden könnten und müßten. Die Bildungsbestrebungen seien kein Luxus, sie gehören heute zum täglichen Brode. Die Wahrheit des Wortes: „Wissen ist Macht“ wird jetzt immer mehr, namentlich in Arbeiterkreisen erkannt. Es kann nicht bestritten werden, daß der Wissensdrang in diesen Kreisen sich neuerdings viel stärker zeigt, weil man begreift, daß in der socialen Bewegung unserer Tage das Wissen ein mächtiges Kampfmittel ist. Ein socialdemokratischer Führer behauptet in einer diese Frage behandelnden Schrift, daß „die Bourgeoisie“ kein Bildungs- und Wissensbedürfnis habe, daß sie unwissend und gleichgültig für ideale Dinge sei — daß „die herrschenden und bestehenden Klassen geistig bankrott und daß ihr Sturz nothwendig sei zur Rettung unserer Cultur“. Hoffentlich wird es nie dahin kommen, daß große, wichtige Theile des Bürgertums, welche hier mit dem Ausdruck „Bourgeoisie“ bezeichnet werden, so thöricht und selbstmörderisch denken und auf die Bildung gewährt, verzichten sollten. Die Bildungsvereine müssen im Gegentheil ihre Fahnen auch dort aufpflanzen, wo sie heute noch keinen Boden haben, zum Wohle nicht einer bestimmten Volksschicht, sondern des gesammten deutschen Volkes. (Lebhafter Beifall.)

Herr Stadtrath Röfel, Generalsecretär der Gesellschaft, erstattete den Jahresbericht. Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung habe ihre Arbeit im verfloßenen Jahre auf allen Gebieten mit wachsendem Erfolge fortgeführt. Um die Mittel der Gesellschaft so viel wie möglich ihrer eigentlichen Bestimmung gemäß zu verwenden und ein Defizit, das im Jahre 1889 sich ergab, zu vermeiden, wurde im Jahre 1890 das bis dahin besoldete Generalsecretariat, bisher von Dr. Wislicenus verwaltet, ehrenamtlich von dem Redner selbst übernommen. So konnten die Verwaltungskosten von 11 000 auf 6626 Mk. herabgesetzt und den Verbänden und Zweigvereinen 17 231 Mk. (1889: 16 949 Mk.) für lokale

bringliche Gegenstände der Berathung liegen nicht vor.

Allerdings ist gestern noch dem Reichstage ein Gesetzentwurf betreffend die Unterstüßung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften zugegangen, aber da dieses Gesetz ohnedies erst am 1. April 1892 in Kraft treten soll, so fällt es nicht ins Gewicht, ob die Berathung desselben jetzt oder im November stattfindet. Die Vorlage hat allerdings recht lange auf sich warten lassen. Bei der Berathung des Etats für 1886/87 war von socialdemokratischer Seite der Antrag eingebracht worden, den Reichskanzler zur Vorlegung eines Gesetzes zu veranlassen, welches die Unterstüßung der Familien der zur Uebung einberufenen Reservisten und Landwehrleute regelt. Diese Resolution wurde am 12. Februar 1886 beschlossen und es haben die Erhebungen über die finanzielle Tragweite eines solchen Gesetzes bereits im Jahre 1887 in der Zeit vom 1. April bis 31. August stattgefunden. Seitdem scheint aber die Sache geruht zu haben, bis die Reichsregierung sich entschloß, nach dem Vorgange des Gesetzes über die Unterstüßung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften (im Mobilmachungsfalle) vom 28. Februar 1888 auch diese Materie zu ordnen. Nach diesem Gesetz beträgt die monatliche festgesetzte Entschädigung für Ehefrauen im Sommer 20, im Winter 30 Pfg., für Kinder 13<sup>1/2</sup> Pfg. täglich. Bei der Unterstüßung der Familien der Uebungsmannschaften sind diese Sätze beibehalten, nur für die Kinder soll der Satz auf 10 Pfg. ermäßigt werden. Wie in diesem Gesetz sollen auch hier Unterstüßungen nur an Hilfsbedürftige gezahlt werden und soll das Reich nur die Hälfte der entstehenden Ausgaben, die durch das Gesetz über die Kriegsteilnahme vom 13. Juni 1873 gebildeten Föderationsverbände die andere Hälfte zu tragen haben. Die Gesamtausgabe wird auf jährlich 320 000 Mark veranschlagt. Daß die Forderung eine berechtigte sei, ist, wie es scheint, zeitweise bestritten worden, weil es in der Begründung heißt, einerseits die Ehefrauen der Reservisten und Landwehrleute regelmäßig im Stande seien, während der meist in die arbeitsreicheren Perioden des Jahres fallenden Uebungen ihren Unterhalt durch eigene Thätigkeit zu erwerben und weil andererseits die Militärbehörden ihrer Befugniß gemäß häusliche und gewerbliche Verhältnisse, welche die Lage des einzelnen waffenpflichtigen Mannes ungewöhnlich erschweren, in entgegenkommender Weise zu berücksichtigen pflegen. (?) Daß diese Erwägungen nicht durchschlagend sind, hat die Regierung gleichwohl anerkannt. Es müßte zugegeben werden, daß die Einberufung, namentlich wenn sie den Familienvater auf eine Reihe von Wochen seiner gewohnten Thätigkeit und dem Arbeitsverdienst entzieht, die Familie in eine Nothlage versetzen kann, und es erscheine in der Billigkeit begründet, in solchen Fällen für den Unterhalt der Angehörigen durch das Gesetz Vorkehrung zu treffen; auch sei es im militärischen Interesse erwünscht, die Dienstfreudigkeit der Einberufenen durch die Gewißheit einer Versorgung der Familie zu heben.

### Zum Schluß der Berathung des Arbeiterfahrgesetzes.

Im Gegensatz zum Abgeordnetenhause war der biätenlose Reichstag am Mittwoch bei der dritten Berathung des Arbeiterfahrgesetzes überraschend gut besucht; man merkte schon, daß in den nächsten Sitzungen entscheidende Abstimmungen bevorstehen. Die Verhandlung nahm auch einen rascheren Verlauf und wenn es den Herren

Bildungsvereine überlassen werden. — Die von Dr. Pöhlmeier und einigen Ausschussmitgliedern der Gesellschaft gehaltenen Vorträge (110 im Jahre 1890) behandelten vornehmlich das Gebiet der Volksbildung, gemeinnützige Bestrebungen, Gewerblches und volkshilfliche Stoffe aus dem Gebiet des allgemeinen Wissens. Das Redner-Adressbuch der Gesellschaft weist den Vereinen rednerische Kräfte nach. Besondere Aufmerksamkeit wandte die Gesellschaft im Vorjahre der hauswirtschaftlichen Ausbildung der Mädchen und den Volks-Unterhaltungsabenden zu. — Ueber den Bestand der Gesellschaft werden folgende Mittheilungen gemacht. Es gehören zur Zeit dazu 821 körperhaftliche Mitglieder (Ver-eine, Gesellschaften etc.) und außerdem 2792 persönliche Mitglieder. Die Gesellschaft gliedert sich in 11 Verbände mit 587 Vereinen und 762 persönlichen Mitgliedern, in 13 Zweigvereine mit 56 Vereinen und 1676 persönlichen Mitgliedern. Der Mitgliederbestand hat sich im Jahre 1890 um 29 Vereine und 112 Personen vermehrt. Die mit der Gesellschaft verbundene Abegg-stiftung hat 19 596 Bücher ausgegeben. Ein Theil derselben wurde geschenkwiese an Volksbibliotheken abgegeben. 1890 wurden u. a. 8350 Bändchen vertrieben, darunter besonders die „Wirtschaftlichen Lehren“ von Frh. Ralle, wovon 2222 unentgeltlich verbreitet wurden. Das Vermögen der Gesellschaft beträgt 68 870 Mark, das der Abeggstiftung 13 300 Mk. — Der Redner der Gesellschaft, Herr Dr. Pöhlmeier, berichtete über seine Erfahrungen auf seinen Vortragsreisen. Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung finde um so freudigere Aufnahme, je mehr sie den gemeinnützigen Bestrebungen Boden bereitet und je mehr sie praktische Erziehungs-Aufgaben zu fördern suche. — Nach Erledigung der Rechnungsgeschäfte und Wiederwahl des aus 30 Personen (meistens Abgeordnete und andere hervorragende Männer aus allen Theilen Deutschlands) bestehenden Central-Ausschusses wurde in die Verhandlung gemeinnütziger Angelegenheiten eingetreten.



Socialdemokraten nicht beliebt hätte, bei dem Compromißantrag zu § 134b (Bestimmungen über Ordnungsstrafen in den Arbeitsordnungen), der mit dem Verzicht auf die Wiederherstellung des § 153 in nahem Zusammenhange steht, eine große Strikethalpe zu provocieren, so hätte die Tagesordnung in einer Stunde erledigt sein können. Die Aussicht auf eine eventuelle Abend-sitzung hat Wunder gewirkt. Herr Singer schien die Artikel des „Vorwärts“ über den neuen Bergarbeiterstrikes, die sicherlich niemand als eine haltbare journalistische Tagesleistung beurtheilt hat, zu Ehren bringen zu wollen, indem er behauptete, der Strike sei durch Kohlen-speculanten geschürt worden. Bisher wurde die Verantwortlichkeit für den Strike den Arbeitgebern zur Last gelegt, die die Arbeiter ihre Macht fühlen lassen wollten. Minister v. Berlepsch hat Herrn Singer und seinen Parteigenossen bei dieser Gelegenheit einige Wahrheiten gesagt, die ihnen sehr unangenehm waren. Im übrigen hat der Minister die Gründe, weshalb der Bundesrath sich wohl gehütet hat, das Gesetz ohne den berühmten § 153 für unannehmbar zu erklären, mit aller Würdigung und Deutlichkeit dargelegt. Ohne den Verzicht auf den § 153 wäre das Compromiß über das Gesetz überhaupt nicht zu Stande gekommen und dieses Compromiß wollten, wie Herr v. Stumm konstatierte, auch die Vertreter der Interessen der Arbeitgeber, weil sie Werth darauf legten, daß das Gesetz unter Zustimmung aller Parteien, welche für das Wohl der Arbeiter einzutreten bestrebt seien, zu Stande komme. Auf diesem Standpunkt hat sich auch der Bundesrath gestellt. Ob die scharfe Bestrafung der Aufreizung und des Zwanges zum Strike später sich als notwendig herausstellen wird, ist eine andere Frage. Darüber wird man heute schwerlich aburtheilen können.

#### Antisklavereigesetz.

Nach Art. V. der Brüsseler Antisklavereiconvention verpflichten sich die contrahirenden Mächte innerhalb eines Jahres vom Tage der Unterzeichnung der Generalakte ab (2. Jul. 1890) ein Gesetz zu erlassen, beym. den gesetzgebenden Körperschaften vorzulegen, das einerseits die Bestimmungen ihrer Strafgesetze über die schweren Vergehen gegen die Person auf die Verantwortlichkeit und Theilnahme von Menschenjägern, auf diejenigen, welche sich der Verschleppung von Erwachsenen und Kindern männlichen Geschlechts schuldig machen und auf alle Theilnehmer am gewaltthätigen Sklavenhandels, sowie andererseits die Bestimmungen über die Vergehungen gegen die persönliche Freiheit auf die Sklavenhändler, Führer und Transporteure für anwendbar erklärt. Der Entwurf eines bezüglichen, das Straf-gesetzbuch für das deutsche Reich ergänzenden Gesetzes befindet sich im Stadium der Vorbereitung. In Folge der Vertagung des Reichstages wird die Innehaltung der im Art. V. festgesetzten Frist unmöglich.

#### Commission für das technische Unterrichtswesen.

Während seit 1883 eine Beratung der Commission für das technische Unterrichtswesen, welcher neben hervorragenden Praktikern auf gewerblichem Gebiete wie speciell auf dem des technischen Unterrichtes auch eine Anzahl von Mitgliedern beider Häuser des Landtages angehört, nicht stattgefunden hat, liegt es in der Absicht, diese Commission zum 5. Juni zusammenzuberufen. Als Grundlage für ihre Beratungen soll eine ausführliche Denkschrift dienen, welche die Entwicklung des gewerblichen Unterrichtswesens seit dem Zeitpunkt des letzten Zusammentretens der Commission eingehend beleuchtet.

#### Beseitigung von Paris.

Pariser Meldungen zufolge hat sich die Majorität des französischen Kriegsraths in der vorgestrigen Sitzung desselben für die Pläne des Generals Gillon ausgesprochen, nach welchen die bisherigen Befestigungen der Stadt Paris durch eine Fortificationslinie ersetzt werden sollen, welche das Bois de Boulogne, Longchamps und die Ortschaften Suresnes, Puteaux, Courbevoie, Asnières, Neuilly, Clichy und Clignancourt einschließen wird. Die Kosten der Umwandlung, welche auf ca. 150 Millionen Frs. geschätzt werden, dürften durch den Verkauf der Grundstücke der bisherigen Ringmauer vollständig gedeckt werden.

#### Victor Napoleon.

Prinz Victor Napoleon hat erklärt, augenblicklich kein Manifest erlassen zu wollen; er acceptire die

Zunächst sprach Lehrer Sagner-Görlich über Volksunterhaltungsabende. Redner führte ungefähr Folgendes aus: Wer die heutigen Zustände auf dem Gebiete des Erwerbslebens, der Armen-pflege, des Bildungswesens mit denjenigen früherer Jahrhunderte vergleicht, muß zugeben, daß das Loos der ärmeren Klassen ein wesentlich besseres geworden ist. Und doch, auch tiefe Schatten liegen neben dem hellen Lichte. Dies tritt besonders im gefälligen Verkehr hervor. In der Gesellschaft tritt eine bedauerliche Zerküftung der Gesellschaft hervor. Die Erholung führt den Reichen in den Club, den Mittelstand in das Bierhaus, den Arbeiter in Anzeigen niedriger Art und schließlich besonders die Frau von der gemeinsamen Erholung aus; sie bleibt allein zu Hause. Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung hat für die Gesellschaft im Hause besonders durch Verbreitung guter Schriften gewirkt. Sie hat demnach durch Fürsorge für die der Schule entwachsende Jugend dafür gewirkt, diese von bedenklichen gefälligen Unterhaltungen fern zu halten; sie hat ferner sich bemüht, die einzelnen Klassen der Gesellschaft in ihren Vereinen zusammenzuführen. Mehr als hier kann dies aber geschehen in den Volks-Unterhaltungsabenden. In diesen soll von den Schöpfungen der deutschen Dichter, Tonkünstler und Gelehrten das Edelste und Beste geboten werden. Wie großartig die Wirkung der echten Perlen unserer Kunst auf das empfängliche Gemüth ist, haben die bisherigen Abende gezeigt. Besonders der Jugend bietet man Gelegenheit, die nationalen Güter kennen zu lernen. Redner fordert unter lebhaftem Beifall zur allseitigen Unterstützung dieser Veranstaltungen auf, als einer neuen, vielversprechenden Aufgabe der Bildungsvereine.

Als zweiter Redner sprach Hr. A. Lammers-Bremen. Er machte eine Reihe statistischer Mittheilungen. Solche Volksabende sind bisher abgehalten in Berlin, Dresden, Bremen, Lübeck, Kiel, Lüneburg, Hamburg, Lindenau, Jitzau, Görlitz, Hufum, Elmshorn u. a. D. In der großen Deutlichkeit wurden am bekanntesten

republikanische Regierungsform, wenn sie das Glück Frankreichs bilde, ohne Hintergedanken. Indes sei nach jahrelangen Krisen das Kaiserreich bereits zwei Mal wieder hergestellt worden; er könne daher in dieser Hinsicht Vertrauen in die Zukunft haben. Der Prinz erklärte ferner, daß angeht die royalistische Präntation die Aufrechterhaltung der conservativen Union mehr als schwierig sei.

#### Die Groß-Jury von New-Orleans über die Lynchaffäre.

Die Große Jury von New-Orleans hat nunmehr den Bericht über die Ermordung Hennings und das Lynchverfahren gegen die Italiener erstattet. Derselbe bezeichnet die Ermordung des Polizeichefs als ein Verbrechen, dessen gewaltthätiger Charakter aus der Anzahl der Augen, unter denen Hennings sein Leben ausgehaucht habe, hervorgehe. Was die wiederholt erhobene Beschuldigung anlangt, daß gewisse Mitglieder der Jury ihrem Eide zuwider gehandelt hätten, so ergebe sich aus den Verhandlungen der Jury selbst, daß in dem Falle von Poliss, Schaffed und Monasterio 6 Geschworenen ein die Schuldfrage bejahendes und sechs ein verneinendes Urtheil abgegeben hätten. Der Bericht erwähnt ferner die zur Beeinflussung der Jury von Seiten der Vertheidigung gemachten Anstrengungen. Was das Meeting vom 14. März betrafte, so hätten sich zu demselben Tausende von Menschen eingefunden; das Volk sei einem plötzlichen spontanen Antriebe folgend in einer Weise vorgegangen, daß es schwer sei, die Verantwortlichkeit für dieses Vorgehen, mit dem sich die Stadt solidarisirt gemacht habe, festzustellen. Die Jury könne daher eine Verurtheilung der Angeklagten in den Anklagezustand nicht gutheissen.

#### Der Bürgerkrieg in Chile.

Die Vertreter der chilenischen Congresspartei in Paris behaupten, daß die Vorschläge zu einer Vermittelung zwischen der Congresspartei und Balmaceda von letzterem ausgingen. Zwischen Balmaceda und den Unterhändlern der Congresspartei habe bereits eine Unterredung stattgefunden, doch sei wenig Aussicht auf Erfolg, da die Congresspartei verlange, daß Balmaceda sich ergebe, die Land- und Seetruppen entlasse und sein Verhalten vor Gericht rechtfertige. Alle Meldungen über Grausamkeiten, welche die Congresspartei begangen haben sollen, seien durch-aus unbegründet. Die Congresspartei habe im Gegentheil 500 verwundete Soldaten Balmacedas mittels neutraler Schiffe nach Valparaiso gesandt.

#### Reichstag.

116. Sitzung vom 6. Mai.

In dritter Beratung wird der Gesetzentwurf betreffend das Reichsschulbuch ohne Debatte unverändert genehmigt und darauf die dritte Lesung des Arbeiter-schutzgesetzes fortgesetzt.

§ 120a giebt den zuständigen Polizeibehörden die Befugnis, die zur Durchführung der allgemeinen Grund-sätze über Einrichtung und Unterhaltung der Betriebs-stätten, Maschinen u. f. w. erforderlichen Anordnungen im Wege der Verfügung zu erlassen, und regelt den Beschwerdeweg.

Dieser Paragraph wird mit einem vom Abg. Nöldeke (nat.-lib.) befristeten Compromißantrag aufgeschoben angenommen, welcher die Beschwerdefrist von 2 auf 4 Wochen verlängert und außerdem dem § 120a einen Zusatz giebt, wonach den Berufsgenossenschaftsvorständen ein selbständiges Beschwerderecht verliehen wird, wenn die Verfügung den von den Berufsgenossenschaften erlassenen Unfallverhütungsvorschriften widerspricht.

§ 120e giebt dem Bundesrath die Befugnis, Vor-schriften darüber zu erlassen, welchen Anforderungen in bestimmten Arten von Anlagen zur Durchführung jener Grund-sätze über die Betriebsvorrichtungen zu ge-nügen ist.

Auf den Compromißantrag aufschub u. Gen. wird der Absatz 3 dahin geändert, daß (in den Gewerben, wo durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird) der Bundesrath nicht nur die Dauer, sondern auch Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit vorschreiben und die bezüglichen Anordnungen erlassen darf.

§§ 122—124 handeln von der Abkündigungsfrist von Arbeitern und Arbeitgebern. § 124a giebt beiden Theilen das Recht, im Falle einer längeren, als vier-zehntägigen Abkündigungsfrist auch vor deren Ablauf das Arbeitsverhältnis zu lösen „aus wichtigen Gründen“. Ueber das Vorhandensein wichtiger Gründe, so lautet der letzte Satz, entscheidet der Richter.

Ein Compromißantrag aufschub u. Gen., diesen letzten Satz zu streichen, wird ohne bemerkenswerthe Debatte angenommen.

Zu § 134b (Strafbestimmungen) will ein Compromiß-antrag Dr. Gutschalk u. Gen. Geldstrafen bis zum Betrag des durchschnittlichen Tagesarbeitslohes anstatt des ortsüblichen Tageslohnes zulassen und sieht für eine Reihe von Verfällen, namentlich zur Aufrechterhaltung

der Veranstaltungen Dr. Böhmerts in Dresden und des Redners selbst in Bremen, von wo aus besonders der Nordwesten die Abende aufnahm. Allgemeines Interesse erregten neuerdings die Volksabende, als sie in Berlin Boden fanden. In mehreren Orten hat man ein eigenes Lokal für diesen Zweck erworben, woraus, wie in Dresden, die Volksheime hervorgegangen sind. Das Eintrittsgeld beträgt gewöhnlich 10 Pf., wodurch die Kosten größtentheils gedeckt worden sind. Die Vorträge sind musikalische, deklamatorische und belehrende, insbesondere soweit sie praktische Fragen (Gesundheitspflege, Erziehung, Wohnungsfrage) behandeln. — Lehrer Böer-Breslau macht in der Debatte die Mittheilung, daß der Humboldt-Verein in Breslau eine größere Summe für Einrichtung von Volks-Unterhaltungsabenden im nächsten Winter be-willigt habe. Der Verein hat öffentliche Vorträge seit lange abgehalten, auch seit dreizehn Jahren Unterhaltungsabende für Lehrlinge veranstaltet, die durchweg gut besucht sind. Nach kürzeren Ausführungen mehrerer Redner wurde von dem Vorsitzenden festgestellt, daß alle Anwesenden die Bedeutung der Unterhaltungsabende anerkennen. Er warnt zum Schluß vor Sabotage in dem Vorgehen. Die Versammlung nahm folgende Resolution an: „Die 21. Generalversammlung der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung erkennt die hohe Bedeutung der Volks-Unterhaltungsabende in den von den Rednern dargelegten Beziehungen an und empfiehlt allen seinen Gliedern die eifrige Pflege dieser Einrichtung.“

In der heutigen zweiten Sitzung sprach zunächst Schuldirektor Pache-Lindenau über die Zukunft unserer Fortbildungsschule. Redner ist für die obligatorische Fortbildungsschule. Wenn man durch die heutige gewerbliche Bevölkerung geht, so finde man nicht mehr die Begeisterung für die Fortbildungsschule, die vor manig Jahren vorhanden war. Auch in Lehrerkreisen sei eine gewisse Ernüchterung eingetreten, weil die er-warteten Hoffnungen sich vielfach nicht erfüllt haben. Aber man möge nicht vergessen, daß die Fort-

der Ordnung des Betriebes eine Verdoppelung dieser Strafe vor.

Abg. Möller (freis.) erklärt sich gegen den Antrag, welcher eine zu große Härte gegen die Arbeiter enthalte. Diese Bestimmungen würden es ihm schwer machen, für das Gesetz zu stimmen.

Abg. Bebel (soc.) sieht ebenfalls in diesem Antrag eine erhebliche Verschärfung des Gesetzes. Die Arbeiter würden durch ihn auf Gnade oder Ungnade dem Unternehmer überliefert, da er jeden Tag eine solche Strafe über sie verhängen könne unter dem Vor-wande der Aufrechterhaltung des Betriebes.

Abg. Giese (cent.) tritt dagegen für den Antrag ein, welcher ein wirksamer Compromißantrag sei und die Annahme des ganzen § 134b ermöglichen wolle.

Minister v. Berlepsch: Im Namen der verbündeten Regierungen bitte ich Sie, das Amendement anzuneh-men. Nach der Ueberzeugung der verbündeten Regie-rungen ist es nothwendig, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung nöthigen Strafen auf ein wirksames Maß zu bringen, zumal die Verschärfung des § 153 abgelehnt worden ist. Die Regierungen halten diese Bestimmungen des § 153 für unerlässlich nöthig und sind durch die neuen Erfahrungen beim Bergarbeiterstrike in dieser Auffassung noch befestigt; auch hier haben alle Strikenden ohne Ausnahme die Arbeit ohne die vorgeschriebene Abkündigung niedergelegt, während dazu durchaus kein sachlicher Grund vorlag. Unter diesen Umständen lag die Erwägung nahe, ob das Gesetz nach Ablehnung des § 153 für uns überhaupt annehmbar bleiben kann. Man kann die Wohlthaten dieses Gesetzes den Ar-beitern nicht vorenthalten, die sich nicht gegen § 153 vergehen, weil andere Arbeiter es leider immer und immer thun. Die Regierung hält also diese Straf-bestimmungen auch jetzt noch für nothwendig, und wenn jetzt unsere Vorschläge vom Reichstage nicht ge-nehmigt werden, so wird er in späterer Zeit wieder vor dieselbe Frage gestellt werden.

Abg. Singer (soc.): Der Herr Minister hätte viel-leicht besser gethan, seine Ausführungen zu unterlassen, er hätte dann wenigstens nicht den Beweis dafür ge-führt, daß es der Regierung absolut unmöglich ist, ein sogenanntes Arbeiterschutzgesetz zu machen, ohne sofort zur Vermehrung der polizeilichen Machtmittel zu schreiten. Man sollte diese Ausführungen kaum für möglich halten bei dem Vertreter einer Regierung, deren höchste Spitze anerkannt hat, daß Einrichtungen nothwendig sind, die die Gleichberechtigung der Arbeiter sicher-stellen. Ich glaube, es wird der Regierung auch später einmal nicht gelingen, von einem Reichstage, der überhaupt Arbeiterschutzmaßnahmen schaffen will, eine Verschärfung des § 153 zu erlangen, welche, weit entfernt, den Streben herbeizuführen, zu größeren Kämpfen führen muß. Den letzten Strike hätte der Minister besser gethan, nicht zu erwähnen. Es sei höchst wahrscheinlich, daß der Strike von den Kohlen-spekulanten ins Leben gerufen und mit großen Geld-mitteln fortzuführen versucht sei. Die Aktien über die Entstehung dieses Strikes seien noch nicht geschlossen. Redner wendet sich entschieden gegen den Antrag, von dessen Ungerechtigkeit auch Abg. Giese innerlich über-zeugt sei. Dieser Compromißantrag sei nichts weiter als die Unterwerfung unter den Willen des regierenden Herrn von Neunkirchen, um die Ablehnung des Gesetzes durch den Abg. von Stumm zu verhüten. Der Reichs-tag kriege vor dem Abg. v. Stumm einfach ins Maule-loch. (Vizepräsident Baumbach ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.) Der Antrag sei ge-raadezu arbeitserfindlich, er wolle durch Vernichtung des Selbstbestimmungsrechtes der Arbeiter die Ruhe des Reichshofes herbeiführen. Diesen Zweck werde er aber nicht erreichen.

Abg. v. Stumm (Rp.): Bei einer geheimen Abstim-mung unter meinen Arbeitern und den früheren des Abg. Singer würde sich herausstellen, wer der guten Sitte unter den Arbeitern mehr entgegengetreten ist, er oder ich. Herr Singer sagt, es sei nicht erwiesen, daß an dem letzten Bergarbeiterstrike die Arbeiter Schuld seien. Damit kann man jede Thatsache in Ab-rede stellen. Redner erklärt den Compromißantrag für durchaus nothwendig, ebenso wie den § 153. Des-halb begrüßt er mit Freuden, daß die Regierung später doch noch einmal eine Vorlage betr. Bestrafung der Aufforderung zum Contractbruch einbringen werde.

Abg. Giese (freis.): Ich sehe in dem § 134b gar keinen Zusammenhang mit dem § 153. Der Zusammen-hang scheint mir hier künstlich konstruirt zu werden. Wenn der Minister heute wieder die Arbeiter be-schuldigt, ein großer Theil von ihnen neige zum Con-tractbruch, so muß ich dieser Anschuldigung ent-schieden entgegen treten. Bei dem ganzen Strike handelt es sich im ganzen um 30000 Arbeiter, welche contractbrüchig geworden sind; was bedeuten diese gegen die 11 Millionen deutsche Arbeiter über-haupt? Auch an diesem Strike tragen die Arbeitgeber und ihre Beamten, wie der Minister selber nicht be-streiten wird, einen großen Theil der Schuld. Ich be-dauere die Einbringung des Compromißantrages, der den Beschluß zweier Lesungen wieder umwirft. Die Vor-lage wollte den doppelten ortsüblichen Tageslohn; ich erreichte in der Commission die Forderung des einfachen ortsüblichen Tageslohnes. Die jetzige Unterbrechung zwischen erheblichen und weniger erheblichen Delikten ist eine Spitzfindigkeit, welche in die Arbeitsordnung die größte Willkür einführt. Jedenfalls wird ein großer Theil der Freizeitigen diesem unangebrachten Com-promiß nicht zustimmen.

Abg. Möller (nat.-lib.): Ich bin nicht für zwangs-weise Einführung von Arbeitsordnungen; wenn wir aber einmal den Zwang dazu haben, muß auch mit

bildungsschule ein werdendes, unfertiges Institut ist. Auch die letzten Reichstags-Verhandlungen haben ein nicht genügendes Interesse für die Fortbildungsschule gezeigt. Was muß nun ge-schehen, um die Fortbildungsschule vollkommener zu gestalten? Sie müsse sich im engsten An-schluß an die gewerbliche Gliederung organisiren, die Schüler müßten also nach den Berufsklassen vereinigt werden. Der Unterricht finde dann das lebhafteste Interesse für den Schüler und diene seiner sittlichen und fachlichen Aufgabe am meisten. Diese Gestaltung der Fortbildungsschulen sei bis-her veräußert worden, trotzdem sie in größeren Ortschaften ohne Schwierigkeiten möglich ist. In kleineren Städten sei dieser Forderung nur durch Zusammenfassung von Berufsgruppen gerecht zu werden. Der Redner empfiehlt schließlich: 1) wenn irgend möglich, die Fortbildungsschulen als „fach-gewerbliche“ Anstalten zu organisiren; 2) in diesen Schulen „das Geschäft“ des Lehrlings, in den Klassen mit Schülern vieler Berufe „die Heimath“ in den Mittelpunkt des Unterrichts zu stellen; 3) den Anstalten eine günstige, durch freie Vereinar-bung gefundene Unterrichtszeit zu gewähren; 4) den erzieherischen Einfluß der Anstalten zu er-höhen; 5) in allen geeigneten Veranlassungen, insbesondere auch solchen der Lehrer in ent-sprechender Weise auf die Bevölkerung einzu-wirken.

Als zweiter Referent sprach über diesen Gegen-stand der Abg. v. Schenkendorf u. Gölitz, dessen Ausführungen sich in folgende Leitsätze zu-sammenfassen lassen:

1. Es tritt mehr und mehr die Nothwendigkeit hervor, für männliche Arbeiter unter 18 Jahren in er-weitertem Maße als bisher Fürsorge in erzieherischer Hinsicht zu treffen. Die hierfür getroffenen Ein-richtungen müssen an das Interesse der jugendlichen Arbeiter anknüpfen.

2. Zu diesem Zweck ist unausgesetzt durch Wort und Schrift dahin zu wirken, daß der Gewerbeunternehmer, welcher männliche Arbeiter unter 18 Jahren in Arbeit nimmt, sich sowohl aus menschlichen als öffentlichen Interessen noch allgemeiner der Verpflichtung bewußt

Disciplinarstrafen vorgegangen werden können, damit die Ordnung aufrecht erhalten wird. Gegen viele Arbeitsordnungen sei der Antrag sogar noch eine Ab-schwächung. Die Behauptungen der Abg. Singer und Giese über den jüngsten Strike der Bergarbeiter werden in weiten Kreisen Mißtrauen erregen, sie sind nicht unter Beweis gestellt, also unwahr. Es ist be-dauerlich, daß, nachdem der Strike eben beendet ist, das Feuer durch solche Bemerkungen von neuem ge-schürt wird. (Abg. Singer: Wir sind provocirt worden!) Die Socialdemokraten haben sich zwar be-müht, den Strike zu verhindern, wenn Sie es aber wirklich ernst wollten, sollten Sie durch solche Brand-reden nicht wieder Erregung schaffen.

Vizepräsident Baumbach bezeichnet den Ausdruck „Brandrede“ einem Redner des Hauses gegenüber für durchaus ungehörig.

Abg. Giese (Centr.): Der Minister hat in zweiter Lesung die Unannehmbarkeit des damaligen Beschlusses ausdrücklich erklärt, deshalb hat man ein anderes Compromiß schließen müssen. Ich würde gern mit den Socialdemokraten ein Einverständnis suchen, wenn sie dann für das ganze Gesetz stimmen wollten. Wir müssen aber vor Allem der Regierung das Gesetz an-nehmbar machen und dürfen es im Interesse der Arbeiter nicht gefährden.

Abg. Bebel (soc.): Wir haben alles aufgegeben, um den Bergarbeiterstrike unmöglich zu machen, und unsere gesammte Partei hat während desselben, wie bekannt, dieselbe Haltung eingenommen. Daß die Bergarbeiter sich trotzdem aus den Strike einließen, ruft die Vermuthung wach, daß dabei Mächte im Spiele waren, die ein Interesse hatten, den Strike herbeizuführen. Es sind uns auch darüber Mittheilungen zugegangen. Von durchaus zuverlässiger Seite ist uns Mittheilung gemacht worden darüber, daß ein Berg-werksbesitzer erklärt hat: Es ist schade, daß die Sache so rasch zu Ende geht, wir dachten, es wäre jetzt endlich die Zeit gekommen, wo wir die Aerie unter die Spitze kriegen können. Die Regierung hat keinen Grund ge-habt, heute die Sache zur Sprache zu bringen. Abg. Möller hätte sich nicht gegen den Abg. Singer, sondern gegen die Rede des Ministers wenden sollen, die, wenn sie in den Kreisläufen bekannt wird, alles Andere, nur nichts Gutes stiften kann (Sehr wahr!) Der Minister hat um so weniger Veranlassung gehabt, die Ablehnung des § 153 zu bedauern, als die Regierung dem letzten Contractbruch der Bergleute gegenüber ihre volle Schuldigkeit gethan hat. Die Führer der Berg-leute, die auch nur den leinsten Schein einer Auffor-derung zum Contractbruch auf sich geladen haben, seien ins Gefängnis gesteckt worden.

Minister v. Berlepsch: Den Behörden ist nicht das mindeste Anzeichen zur Kenntniß gekommen, daß der Strike von den Industriellen provocirt ist. Wäre das der Fall, so wäre ich der Erste, der dem auf das Rich-tigste entgegengetreten würde. (Bravo!) Ich gebe zu, daß die Mitglieder der socialdemokratischen Frac-tion aus innerlicher Ueberzeugung heraus davor gewarnt haben, zur Zeit in einen Strike einzutreten, weil er bei der ungenügenden Organisation der Berg-arbeiter-schaft notwendig zu einem Mißerfolg führen müßte. Anders aber haben sich die socialdemokratischen Führer an Ort und Stelle verhalten. Auch sie haben zwar gewarnt, aber in einer so merkwürdigen Weise, daß man zu der Ueberzeugung kommen mußte, daß sie es nicht so meinten. Das „Extrablatt“, das social-demokratische Organ der Bergarbeiter, brachte an dem-selben Tage, an welchem es vor dem Strike warnte, die falsche Mittheilung, daß allenthalben im Auslande, in Belgien, Amerika, Oesterreich, Frankreich, England, Bergarbeiterstrikes ausgebrochen seien und allgemein würden. Wie das zur Verhütung des Strikes dienen soll, verfolge ich nicht.

Abg. Auer (soc.): Der Handelsminister kann nicht befreiten, daß wir aus innerer Ueberzeugung die Bergleute gewarnt haben, zur Zeit in den Strike nicht einzutreten. Hätten wir die Bergleute zu einem Ab-schwören des Strikes für alle Zeiten überreden sollen? Da wäre es doch besser, ihnen einfach ihr Coalitions-recht ganz zu nehmen. Wir waren allgemein über-zeugt, daß die Bergleute nichts Ungeschickteres und Thörichteres thun konnten, als die Arbeit niederzu-legen. Jetzt müssen die Bergleute es schwer büßen, daß sie dem Rathe ihrer wahren Freunde nicht gefolgt sind; jetzt bedeuten die Unternehmer ihren Fehler in der richtungslossten Weise aus. Der Minister thut Unrecht, uns für alle Aeußerungen verantwortlich zu machen, die aus Bergarbeiterkreisen in Bezug auf den Ausbruch des Strikes gemacht sind. Das sind nicht alles Social-demokraten, sonst wären sie uns gefolgt; so groß ist unsere Parteidisciplin. Die Angaben des „Extra-blattes“ über die Strikes im Auslande waren aller-dings nicht richtig, aber sie stützten sich auf die Nach-richten des officiellen Wolff'schen Bureau's. (Sehr! sehr!)

§ 134b wird mit dem Antrage aufschub u. Gen. an-genommen. Für den Antrag stimmt von Freizeitigen außer dem Antragsteller Gutschalk einzig noch der Abg. Banje.

Die §§ 134c—145 werden nach unerheblicher Debatte genehmigt. Art. 4 enthält die Strafbestimmungen, §§ 146—159. Gegen den Antrag Gutschalk u. Gen. zum § 149, welcher in Consequenz des gestern auf Antrag Gutschalk-Gehe angenommenen Verbots der Lohncessationen eine Liebertretung dieses Verbots unter Strafe stellen will, erklärt sich Geh. Rath Hoffmann, während Abg. Gutschalk die Nothwendigkeit der Strafandrohung zum Zweck einer wirksamen Verhinderung dieses unzulässigen Rechtsgehalts vertritt. — § 149 wird mit dem Antrage Gutschalk angenommen.

wird, hier nicht nur Arbeitgeber, sondern auch Erzieher zu sein.

3. Die in den kleineren und mittleren deutschen Staaten mit den obligatorischen Fortbildungsschulen erzielten Resultate sind anerkennen.

4. Es muß indeß versucht werden, schon heute allgemein die obligatorische Fortbildungsschule auch in Preußen zu veranlassen. Dies wird erst ausführbar sein, wenn die Organisation des gewerblichen Schul-wesens in Preußen ihren centralen Charakter ver-loren hat, und an ihre Stelle die Decentralisation ge-treten ist. Diese ist zu suchen in der Schaffung von gewerblichen Centralbildungs-Anstalten (mittleren Ge-werbe-schulen) in allen oder den meisten Provinzen mit der Nebenaufgabe, die nothwendigen Lehrkräfte für die Fortbildungsschule vorzubilden und eine geregelte Aufsicht über diese, wie über das gesamte niedere gewerbliche Schulwesen ihres Bezirks auszuüben.

5. Der Sonntags- und der Abend-Unterricht ist in einzelnen Fortbildungsschulen des Landes nicht zu ent-behren. Es muß indeß der Unterricht zu diesen Zeiten nur als eine zulässige, jedoch gesetzlich gewähr-leistete Ausnahme betrachtet werden. Principiell ist dagegen weitgehendst die Befreiung des Sonntags- und Abend-Unterrichts anzustreben, und, wie in den meisten bestehenden Handelsschulen, der Tages-Unterricht einzuführen.

6. Für den Sonntag Nachmittag empfehlen sich während der Sommermonate thunlichst an allen Orten Einrichtungen, welche der gewerblichen und kauf-männischen Jugend die facultative Betheiligung an den Volks-spielen — Turn- und Bewegungsspielen für das reifere Alter — ermöglichen. Den Curatorien dieser Fortbildungsschulen ist angesichts des volkreicherlichen Charakters der Spiele eine rege Förderung derselben zu empfehlen.

Die Versammlung sprach ihr Einverständnis mit den 5 Punkten des ersten Redners aus, schloß sich auch obigen Sätzen 1, 2, 3, 5 und 6 des zweiten Redners mit bedeutender Mehrheit an, dagegen kamen die Meinungsverschiedenheiten in Betreff der obligatorischen Fortbildungsschule auch in der Abstimmung über Satz 4 zum Ausdruck. Hier theilte sich die Versammlung in zwei ziemlich gleich starke Lager. Die eine Hälfte der Versam-mung stimmte für den Satz, die andere dagegen











## Abgeordnetenhaus.

83. Sitzung vom 6. Mai.

Die 2. Beratung des Etats — Etat des Cultusministeriums — wird fortgesetzt.

Abg. Johannsen (Däne): Die Verfügung des Cultusministeriums hat allgemeines Aufsehen erregt; eine ähnliche soll auch für Nordschleswig erlassen sein. Es ist traurig, daß solche Erlasse notwendig sind; daß die Volksschullehrer in den nicht deutschen Landestheilen glauben, ihre Schulkinder privatim in der Mutter-sprache nicht unterrichten zu dürfen. Die Schulverfügung von 1888 wird überall im Lande, namentlich auch von den Geistlichen, mißbilligt; die Geistlichen haben mehrfach erklärt, daß sie die Schulaufsicht niederlegen. 13 000 Nordschleswiger haben sich deshalb in einer Petition an das Abgeordnetenhaus gewendet, um diese Verfügung rückgängig zu machen. Eine solche Rücksichtnahme auf die Nationalität der Reichsangehörigen sei notwendig für ein großes Reich wie Deutschland und Preußen. Dem neuen Cultusminister ist ein guter Ruf vorangegangen, und ich hoffe, daß er erhalten bleiben wird.

Abg. Cohnen (freiconf.) empfiehlt eine Verbesserung der Vorbereitung der Volksschullehrer. Notwendig sei die Belehrung der Volksschullehrer über die irrtümlichen Ansichten der Socialdemokratie, damit sie dieselben durch die Worte der Socialdemokraten selbst widerlegen können. Die Zahl der Lehrer ist sehr erheblich gestiegen, die Kinder haben lesen und schreiben gelernt, aber die religiöse und vaterländische Erziehung hat darunter gelitten. Hier muß Wandel geschaffen werden. Die Nachrichten von Amtsentsetzungen der Lehrer häufen sich. Das kann nicht Wunder nehmen, wenn man sieht, wie manche Lehrer der Socialdemokratie oder dem Gathe huldigen: Religion ist Privatsache. In den großen Städten sind die Schulen in Gefahr, zu socialistischen Vorlesungen herabzuwinken. Die ungeeigneten Elemente müssen bereits aus den Seminaren entfernt werden. Der Lehrer darf nicht bloß ein Schulmeister, sondern er muß ein Priester sein. (Beifall rechts), wie es vor 40 Jahren der Fall gewesen ist. Der Lehrerstand muß zeitgemäß reorganisiert, materiell und geistig gehoben werden. Der Volksschullehrer muß wie jeder andere Beamte in die höchsten Stellen des Staates aufsteigen können, vor Allem muß ihm die Möglichkeit gegeben werden, Schulinspector zu werden.

Cultusminister Graf Jeditz bemerkt dem ersten Redner, die Verordnung von 1888 sei nach Anhören der Lokalbehörden erlassen; nach dieser dürfe der Religionsunterricht in dänischer Sprache erteilt werden. Es werde sein ernstlicher Wille sein, die Wünsche des Kaisers in Betreff der Volksschule zur Ausführung zu bringen. Gegen die Vorwürfe des Redners müsse er seine Amtsvorgänger, die heutigen Lehrer und das heutige Volksschulwesen in Schutz nehmen. Ausgrenzungen, vereinzelte Mißstände darf man nicht mit dem ganzen Stande identifizieren. Die Behauptung, daß die Pflege des vaterländischen und religiösen Sinnes zurückgegangen sei, halte ich nach meiner Erfahrung nicht für richtig. Die Schulen stehen heute in jeder Beziehung höher als vor 30 Jahren. (Sehr richtig links). Es ist bedenklich, aus Ereignissen, die uns nicht gefallen, generell Rückschlüsse auf den allgemeinen Standpunkt unserer Schulwesen zu machen. Endlich bitte ich bringen, Äußerungen nicht zu thun, daß in den großen Städten die Volksschulen der Socialdemokratie seien. Wäre das wahr, dann stünden wir vor einer unübersehbaren Gefahr. Mit solchen Worten wird den Lehrern ein bitterer, ungerechter Vorwurf gemacht, und es empfiehlt sich, beratige Schreiegepfenster auch nicht einmal an die Wand zu malen. (Beifall). Gern ist die Socialdemokratie einen leichteren Boden da, wo bereits eine gewisse Stufe der Bildung erreicht ist, aber sollen wir darum die Bildung über den Haufen werfen? (Lebhafter Beifall). Gegen die Irrlehren der Socialdemokratie muß das ganze Volk im Verein mit den Lehrern Front machen. Was die Seminare betrifft, so wird nach wie vor der Grundfals maßgebend sein, daß die Lehrkräfte nur dem erteilt wird, der die sittliche Reife dazu hat. (Beifall).

Abg. v. Strombeck (Centr.) wünscht die Kontrolle des Landtages über die Verwendung von Stiftungsfonds für Schulen und Kirchen. Nach der jetzigen Sachlage hätten diese Summen den Charakter von Dispositionsfonds.

Gef. Rath Kügelier: Wenn das Haus es wünscht, werden im nächsten Etat die nötigen Erläuterungen über die Verwendung der betreffenden Fonds gegeben werden.

Abg. Graf (nat.-lib.): Daß die Realgymnasien auf den Aussterbeetat gesetzt seien, wie mein Freund Senffardt angenommen hat, kann ich nicht begreifen. Die Schulconferenz hat eine solche Absicht gar nicht kundgegeben. Redner wendet sich gegen die in einer früheren Sitzung vom Abg. Birchow gemachten Äußerungen, nach welchen der Gymnasial-Abiturient zum medizinischen Studium nicht viel taue. Damit ließe der Abgeordnete in einem Gegenfall zu Prof. Helmholz, der das Gegenteil behauptete. Vielleicht trage aber die Schuld an den Uebelfänden nicht der Unterricht auf den Schulen, sondern auf der Universität. Die Aerzte hätten sich gegen die Zulassung der Realgymnasial-Abiturienten zum ärztlichen Studium nur ausgesprochen, um die bestehende Ueberfüllung nicht noch zu vermehren. Die Thätigkeit der Siebenercommission dürfe nicht mit Besorgnis angesehen werden, denn eine Schematisierung solle nicht eingeführt werden. Es sollen nicht bewährte Anstalten zu Grunde gerichtet, es solle nicht experimentiert, sondern in ruhiger Weise Versuche an den verschiedensten Anstalten vorgenommen werden.

Abg. Arendt (freiconf.) stimmt dem Minister in Ausführungen gegen den Abg. Cohnen bei, empfiehlt die Forderungen der Mittelschulen und spricht sich gegen die Bildung eines besonderen Unterrichtsministeriums aus. Zu bebauern ist, daß bei der Schulconferenz nicht die Männer des praktischen Lebens mehr berücksichtigt sind. Die Schulfrage ist wesentlich eine Frage der Berechtigung, und hier gerade liegt alles im Argen. Nur weil den Schülern der Gymnasien die ganze Welt offen steht, weil sie das Berechtigungsmonopol besitzen, werden die Gymnasien bevorzugt. Erst wenn das Berechtigungsmonopol beseitigt wird, dann kann das Gymnasium bleiben, was es ist. Wenn das nicht geschieht, dann wird sich das Gymnasium schließlich nur durch das bishigen Griechisch vom Realgymnasium unterscheiden.

Abg. Aropatschek (conf.): Die Trennung des Unterrichtsministeriums von dem Cultusministerium können wir nicht mitmachen, um so weniger, als ein freisinniges Blatt die Forderung damit begründet, daß damit der erste Schritt gethan sei, den verhängnisvollen Einfluß der Kirche auf die Schule zu beseitigen. Jeder Fachmann hält sich für berechtigt, über die Schulreform mitzusprechen. Was würde Hr. Birchow dazu sagen, wenn sich die modernen Naturwissenschaftler mit der Reform des medizinischen Studiums beschäftigen wollten? Redner nimmt schließlich die Schulconferenz in Schutz.

Abg. Langerhans (freif.): Unter den Schulreformen befindet sich eine ganze Menge von Schuldirectoren, die doch schließlich ebenso viel wissen, wie ehemalige Oberlehrer. (Sehr richtig). Begeisterung für die Realgymnasien hat sich Birchow nicht, er hat nur ihre Leistungen anerkannt, die zum Theil besser sind, als die der Gymnasien. Das Realgymnasium hat den Vorzug, daß es der allgemeinen Bildung unbedingt

gehörnden Naturwissenschaft mehr Raum gewährt, als das Gymnasium. Lasse man doch das Realgymnasium seine Concurrenzfähigkeit mit dem Gymnasium erweisen! Redner spricht sich darauf gegenüber dem Abg. Cohnen gegen die Verquickung von Religion und Aneignung von Kenntnissen aus. Auch der wissenschaftliche Unterricht habe einen hohen Einfluß auf die sittliche Entwicklung.

Abg. Wümeling (Centr.): Das abfällige Urtheil des Abg. Cohnen über die Volksschulen können wir nicht unterschreiben; bemerkenswerth ist es, daß diese Angriffe von derselben Seite kommen, die den Kulturkampf so eifrig gefördert hat.

Abg. Cohnen (freiconf.) weist noch einmal auf den Erlaß des Kaisers über die Volksschule hin.

Minister Graf Jeditz: Die Schulverwaltung steht auf dem Standpunkt des kaiserlichen Erlasses. Ich danke Ihnen, daß Sie wiederholt meine Entlastung durch Abtrennung einzelner Theile des Cultusministeriums angeregt ist. Wenn ich Sie bitte, sich mit diesen Fragen nicht weiter zu beschäftigen, so liegt das daran, daß man das, was man von sich lösen soll, erst kennen muß. Der Minister nimmt dann die Schulconferenz gegen die gemachten Ausstellungen in Schutz. Ich gebe zu, daß die Konferenz der humanistischen Richtung eine größere Mitgliederzahl, einen größeren Raum angewiesen hat. Das ist natürlich, wenn man die Entwicklung unseres Schulwesens und die große Zahl der humanistischen Anstalten betrachtet. Bei wissenschaftlichen Konferenzen kann aber doch nicht nach Zahlen gerechnet werden. Von den 44 waren 22 Männer, die nicht dem praktischen Schulleben angehörten, das ist ein erheblicher Procentsatz von Laien. Beständig des Volksschulwesens kann ich Herrn Langerhans nicht dahin folgen, daß die Vermehrung des Wissens eine sittliche, ja eine religiöse Macht bedeute. Die Zahl der Analphabeten unter den Verbrechern beweist nur, daß der Zwang zum Volksschulunterricht verfräht werden muß; dieser Volksschulunterricht beschränkte sich aber bisher nicht auf das bloße Wissen. Die Verbrecherr Statistik beweist, daß die größten Verbrecher eine gewisse Bildung besaßen haben. (Bewegung).

Abg. Graf Limburg-Stürum (conf.): Die Bildung eines besonderen Unterrichtsministeriums werden wir stets ablehnen; wenn mehr Beamte notwendig sein sollten, so werden wir das Geld bewilligen. Aber den Zusammenhang zwischen den kirchlichen und den Schulangelegenheiten werden wir niemals aufheben. (Zustimmung rechts). Ich möchte fragen, ob die Siebenercommission eine dauernde Einrichtung bleiben soll, und aus welchem Fonds sie bezahlt wird. Wir wünschen, daß an unseren humanistischen Gymnasien nicht gerüttelt wird. Lasse man doch die Schüler der Realgymnasien zum Studium zu, aber wenn sie nachher beim Examen durchfallen, dann ist das nicht die Schuld der Unterrichtsverwaltung.

Minister Graf Jeditz: Eine organische Einrichtung unserer Schulverwaltung ist der Siebenerausschuß nicht, er hat dem Landtage gegenüber keine Verantwortung, sondern er wird gebildet durch den Cultusminister. Persönlich kann ich die Mitwirkung des Siebenerausschusses nur auf das Allerbestmögliche anerkennen. Die Kosten der Einrichtung werden aus dem Dispositionsfond gedeckt.

Abg. Jürgensen (nat.-lib.) billigt die Sprachverfügung des Ministers für Nordschleswig, die endlich für die deutschen Elemente eine gewisse Beruhigung gebracht habe. Das Gehalt des Ministers wird darauf bewilligt.

Bei dem Titel „evangelische Confessoren“ beantragt Abg. Langerhans (freif.) Ablehnung der von der Regierung aufgestellten Forderung, für Berlin zwei Generalsuperintendentenstellen im Hauptamt einzurichten, indem er es bei dem bisherigen Zustande lassen will, wonach die beiden Berliner Generalsuperintendenten im Nebenamt thätig waren.

Der Antrag Langerhans wird abgelehnt und das Kapitel unverändert angenommen.

Bei dem Kapitel „Bisthümer“ beklagt sich Abg. v. Jagdewski (Pole) darüber, daß von den polnischen Geistlichen der Gebrauch der deutschen Sprache als Geschäftssprache gefordert werde.

Minister Graf Jeditz erwidert darauf, daß ein Widerspruch des Bisthofs gegen die Verfügung betreffend die Geschäftssprache nicht erfolgt sei. Die Anschauung, daß den Staat die Sprache nichts angehe, theile er nicht. Am allerwenigsten dürfe diese Frage in Polen außer Acht gelassen werden.

Abg. v. Jagdewski erklärt sich durch diese Ausführungen nicht befriedigt und führt als Beweis für die feindselige Stellung der Regierung zu den polnischen Geistlichen eine Anweisung an, in welcher die Lehrer zur Denunciation gegen die Geistlichen aufgefordert werden.

Minister Graf Jeditz weist die Behauptung, daß eine solche Anweisung ergangen sei, als unrichtig zurück und führt im übrigen ein, daß die Regierung den Polen sehr entgegengekommen sei.

Nach kurzer Erwiderung des Abg. v. Jagdewski wird der Titel bewilligt.

Bei Kapitel 116 a (Gehalt für den althatholischen Bisthof) beantragt Abg. v. Seereman (Centr.) eine besondere Abstimmung, welche die Beschlußfähigkeit des Hauses ergibt. (Für die Forderung stimmen 35, dagegen 51 Mitglieder). Die Sitzung muß daher abgebrochen werden.

Nächste Sitzung: Freitag.

## Danzig, 8. Mai.

\* **Marienburger-Mlawkaer Bahn.** Im Monat April haben, nach provisorischer Feststellung, die Einnahmen betragen: im Personenverkehr 21 000 Mark, im Güterverkehr 110 400 Mk., an Extraordinariis 30 000 Mk., zusammen 161 400 Mk. (44 200 Mk., darunter 41 500 vom Güterverkehr mehr als im April v. J.). Die Gesamteinnahme in der Zeit vom 1. Januar bis Ende April d. J. hat, soweit sie jetzt ermittelt, 699 455 Mk. betragen, 143 220 Mk. mehr als nach definitiver Feststellung in der gleichen Zeit v. J.

a. **Centheater.** Die erste Vorstellung, welche gestern Herr Director Schenk in seinem gefällig und geschmackvoll decorirten Theater am Holzmarkt gab, war gut besucht. Die Cogen, das Parquet und die Gallerie waren ausverkauft. Herr Schenk ist hier nicht unbekannt, er versteht es, die Wirkung seiner außerordentlichen Fingergewandtheit durch sinnreich ausgedachte Apparate noch zu steigern, so daß viele Leute Sachen geradewegs verblüffen. Dieses galt gestern namentlich von dem „internationalen Fahrenseisen“ und dem „improvisirten Jahrmarkt in Krähwinkel“. In beiden Piecen verstand es Herr Schenk aus einem Haufen Papierfreisen eine große Anzahl umfangreicher Szenen und verschiedene lebende Thiere hervorzuweisen und einem Cylindehrute die verschiedenartigsten Dinge, wie Blumen, Kästchen und brennende Campions zu entnehmen. Unter der etwas selbstamen Bezeichnung: „Concert à la Paganini mit Aeolsharfenstücken“ treten ein Herr und eine Dame auf, welche zuerst auf dem Claphophon spielen und dann mit abgetheilten Klingeln einen Marsch vortragen. Zuletzt lassen sie an abgetheilten Schellen durch Streichen mit den Händen und Schütteln Ränge entstehen, die an lustige Schilttenpartien erinnern. Waren es auch keine „Aeolsharfenstücke“, welche dem Publikum geboten wurden, so ernteten doch die Künstler für ihre Geschicklichkeit reichen Beifall. Den Schluß bildete die Vorführung von Fontänen, welche unter den Strahlen der farbigen

Beleuchtung viele anmuthige Lichtreflexe darboten, und von geschickt componirten lebenden Bildern.

L. **Carthaus, 7. Mai.** An Kreis- und Provinzialabgaben hat unser Kreis laut Beschluß des letzten Kreisrates für das Rechnungsjahr 1891/92 60 Proc. des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuerbetrags dieses Jahres (ausschließlich der Hausgründungssteuer) aufzubringen. — In Sülzschin (hiesigen Kreises) wird am 18. Juni ein Erntefest- und Schweinemarkt abgehalten werden.

SS **Elbing, 7. Mai.** Die Vorbereitungen zu der 50jährigen Jubelfeier des Realgymnasiums sind jetzt der Vollendung nahe. Es wird ein schönes Fest werden, welches eine Menge früherer Schüler der Anstalt mit den jetzigen und ihren Lehrern vereinigen wird. Von den Staatsbehörden haben Herr Regierungspräsident v. Holmstedt und Herr Geh. Rath Dr. Aruse ihre Theilnahme zugesagt; die städtischen Behörden, die Spitzen anderer Behörden, eine große Menge früherer Schüler von hier und von außerhalb werden sich daran betheiligen. Ein Comité alter Schüler ist seit Wochen thätig, um alles in die richtigen Wege zu leiten; dasselbe wird auch der Anstalt einen „Stipendienfonds zur Unterstützung von Schülern nach dem Verlassen der Anstalt“ überreichen. Freitag den 8. Abends 1/2 Uhr, findet ein Festzug von dem Schulhof des Realgymnasiums zur Turnhalle statt; dort geben die jetzt aktiven Schüler eine Festvorstellung musikalisch-declamatorischer Inhalte, an welche sich die Uebergabe der Schulfahne schließt, welche die Schüler zu diesem Tage gestiftet haben. Der Abend vereinigt dann die Festgenossen in dem Kasino. Am Sonnabend den 9. Vormittags 11 Uhr, ist der Festakt in der Aula, zu welchem bereits mehrere höhere Lehramtsstellen der Provinz ihre Theilnahme zugesagt haben. Die 4 gymnasialen Anstalten Danzigs werden durch die Herren Professor Dr. Bail, Dr. Büttner und Dr. Terlehi vertreten sein. Andere Gymnasien der Provinz haben bereits Gratulationsadressen eingelebt. Nachmittags findet im großen Saale des Casino ein Diner statt, bei welchem die Theilnahme sehr groß zu werden verspricht. Am Sonntag finden sich die Festgäste Vormittags in Vogel-schmuck des Waldes zu erfreuen und Abends vereinigt ein Commers noch einmal alle Festtheilnehmer, ehe sie weiter nach allen Richtungen auseinandergehen.

w. **Elbing, 7. Mai.** Die Cigarrenfabrik von Eiser und Wolff feiert am 17. und 18. d. das 25jährige Jubiläum ihres Bestehens. Dieselbe hat sich durch die hiesige Fabrik, welche seit 18 Jahren in ihrem Besitze ist, ihren Weltruhm erworben. Es werden jetzt jährlich 52 Millionen Cigarren angefertigt und in alle Welttheile verschickt. Zur Zeit sind hier 1250 und in der Braunsberger Filiale 130 Arbeiterinnen beschäftigt. Die Zahl der Beamten beträgt über 100. In Berlin hat die Firma an allen bedeutenden Plätzen und Straßenecken Verkaufsstellen. Zur Jubelfeier werden die Inhaber am 16. Mai hier eintreffen. Am 18. findet die eigentliche Feier statt, der eine Prämiation aller der Arbeiterinnen, die mehr als 6 Jahre ununterbrochen in der Fabrik thätig waren, vorangehen wird, und zwar werden Prämien von 10, 30 und 50 Mk. ausgetheilt werden. Am Abend desselben Tages wird für das gesamte Personal ein großes Fest eingerichtet. Mit der Jubelfeier wird die Einweihung eines neu erbauten großartig angelegten Fabrikschlags verbunden.

SS **Christburg, 7. Mai.** Bei dem Bau der Eisenbahn auf der Feldmark Rugen stehen die Arbeiter auf eine uralte Soldaten-Begräbnisstätte, wo neben Anochen und Schädeln auch noch verschiedene Gabelklingen und Sporen vorgefunden wurden. Auffallend war die Größe und Stärke der vorgefundenen Anochen. Man nimmt an, daß die Begräbnisstätte aus der Schwedenzeit herrührt.

s. **Matrow, 7. Mai.** Eine gräßliche That, die an Pfingstsonntag gegen 11 Uhr von einer Frau in unserer Nachbarnstadt Krojanke gestern in früher Morgenfrühe begangen worden. Seit langer Zeit lebte ein dortiges Ehepaar in Unfrieden. Als der Mann, in diesem Falle wohl das „schwächere Geschlecht“, gestern früh vor seiner Frau in die Scheune flüchtete, schloß die Frau hinter ihm die Thüre zu und steckte die Scheune an allen vier Ecken an, so daß sie in kurzer Zeit in Flammen stand. Bevor dem eingeschlossenen Mann Hilfe gebracht wurde, hatte er derartige Brandwunden erlitten, daß er nach etwa einer halben Stunde seinen Geist aufgab. Die Brandstifterin wurde sofort verhaftet und in das hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Die Section der Leiche erfolgt morgen. — Seit dem 1. Mai cr. ist hier selbst eine Dampfsmolkerie im Betrieb.

w. **Strasburg, 6. Mai.** Zwei Leute unschuldig in Unterjuchenschaft befindlich in voriger Woche der Postaffizient B. in Lautenbourg. Aus einem in Lautenbourg ausgegebenen Gelbbriefe schickten am Bestimmungsort 2000 Mark und es lenkte sich der Verdacht, dieselben entwendet zu haben, auf den bei der Aufgabe-Postanstalt beschäftigten Beamten, nämlich den Postaffizienten B., welcher in das Untersuchungsgefängnis abgeführt wurde. Erst nach zwei Tagen wurde der wirkliche Dieb in der Person des Briefträgers R. entdeckt. Letzterer gestand sofort, daß er die ihm vorgelegte, eben verausgabte Banknote, welche vom Abfender gekennzeichnet und als die verschundene wiedererkannt wurde, aus dem nicht genügend verpackten Brief mittels eines Federhalters herausgenommen hat. Herr B. wurde auf dieses Verbrechen hin sofort aus der Haft entlassen und ist wieder in Dienst getreten. **SS Thorn, 7. Mai.** Der Bau der Pferde-Strassenbahn wird mit großer Geschwindigkeit gefördert. Die Geleisanlagen von dem Stadtbahnhofe durch die Stadt bis zum Bromberger Thor sind nahezu fertig, während die Erarbeiten auf der Bromberger Vorstadt ihrer Vollendung entgegen gehen. Auch auf der Vorstadt sind von der Schulstraße aus die Schienen bereits eine Strecke gelegt. Pferde und anderes Betriebsmaterial für das neue Unternehmen sind schon eingetroffen. Man möchte die Pferdebahn bereits zu Pfingsten eröffnen.

A. **Willau, 6. Mai.** Das in der Fahrinne gesunkene Fahrzeug des Schiffers Glashof ist gehoben, nachdem es um nahezu 15 000 Centner seiner Ladung geleichtert worden war. — Die Ladungsfähigkeit ist wenig ergeben. Manche Fischer decken mit dem Fang nicht einmal ihre Unkosten. Der Preis hält sich zwischen 75 und 85 Pf. pro Pfund. Günstiger dagegen ist der Fang von Strömlingen und Dorschen. Auch ein Stör von 120 Pfund wurde gefangen.

## Landwirthschaftliches.

München, 7. Mai. Der offizielle Gaubenbericht meldet, daß in ganz Bayern die Umackerung des Wintergetreides und des Ales in Folge Mäusenfraßes und der Rapsaat in Folge Ausfrierens nöthig sei. Der Graswuchs sei durch die kalte Aprilwitterung zurückgeblieben. Die Aussaat des Sommergetreides und das Kartoffellegen seien günstig durchgeführt. Der Winterhopfen stehe schlecht, der jüngere besser. Die Weinstöcke sind unentwickelt, die Aussichten für die Obsterte günstiger. (M. Z.)

## Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 6. Mai. Getreidemarkt. Weizen loco rubig, holsteinischer loco neuer 228—236. — Roggen loco fest, mecklenburgischer loco neuer 210—218, russ. loco fest, 154—158. — Hafer rubig. — Gerste rubig. — Hübel (unverollt) fest, loco 63. — Spiritus fest, per Mai—Juni 35 1/2 Br., per Juni—Juli 36 1/2 Br., per Juli—August 36 1/2 Br., per Septbr.—Oktbr. 37 1/2 Br., Raffee rubig, Umlauf 3500 Gach. — Petroleum rubig, Standard white loco 6 45 Br., per August—Debr. 6 70 Br. — Meiler: Brachvoll.

Hamburg, 6. Mai. Zuckermarkt. Rübenroh Zucker 1. Product Basis 88% Rendement, neue Ulfance, f. a. B. Hamburg, per Mai 13.25, per August 13.52 1/2, per Oktober 12.42 1/2, per Dezember 12.37 1/2. Rubig.

Hamburg, 6. Mai. Raffee. Good average Santos per Mai 86 1/2, per Septbr. '83, per Dezember 74 1/2, per März 72 1/2. Behauptet.

Bremen, 6. Mai. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 6 40 Br. fest.

Havre, 6. Mai. Raffee. Good average Santos per Mai 108.50, per September 104.50, per Dezember 94.50. Fest.

Frankfurt a. M., 6. Mai. Effecten-Societät. (Schluß.) Creditactien 259 1/2, Franzosen 227 1/2, Lombarden 98 1/2, Aegyptier 97.40, 4% ungar. Goldrente 90.60, 1880er Russen 96.20, Gottfardbahn 149.00, Disconto-Commanbit 188.90, Dresdener Bahn 143.70, Laurahütte 125, Gelsenkirchen 157.30. Besser.

Wien, 6. Mai. (Schluß-Course.) Defferr. Papierrente 92.45, do. 5% do. 102.15, do. Silberrente 92.40, 4% Goldrente 111.20, do. ungar. Goldrente 105.10, Papierrente 101.45, 1880er Loose 140.00, Anglo-Aust. 160.25, Cänderbank 217.00, Creditactien 300.25, Unionbank 240.25, ungar. Creditactien 344.50, Wiener Bankverein 113.50, Böhm. Westbahn 359, Böhm. Nordbahn 137.50, Bülch. Eisenbahn 499, Dug. Bodenbacher —, Elbealbahn 225.50, Nordbahn 2845.00, Franzosen 265.00, Galizier 225.50, Cembera-Cjern. 246.50, Combarben 116.00, Nordwestbahn 213.50, Pardubitzer 183, Alp-Mont.-Act. 94.75, Tabakactien 160.50, Amsterd. Wechsel 97.35, Deutsche Böse 57.65, Condoner Wechsel 117.80, Pariser Wechsel 46.67 1/2, Napoleons 9.35 1/2, Marknoten 57.67 1/2, Russische Banknoten 139 1/2, Silbercoupons 100.

Antwerpen, 6. Mai. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loco 16 1/2 bei, und Br., per Mai 16 1/2 Br., per Juni 16 Br., per Juli 16 Br., per Sept.-Dezember 16 1/2 Br. fest.

Paris, 6. Mai. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen rubig, per Mai 30.20, per Juni 29.70, per Juli-August 29.10, per Sept.-Debr. 28.70. — Roggen träge, per Mai 30.20, per Juni 29.70, per Juli-August 28.70, per Sept.-Debr. 28.30. — Hübel weichen, per Mai 75, per Juni 75.75, per Juli-August 76.50, per Septbr.-Debr. 76.50. — Spiritus behauptet, per Mai 41.00, per Juni 41.25, per Juli-August 41.50, per Septbr.-Debr. 39.50. — Meiler: Bebed.

Paris, 6. Mai. (Schlußcourse.) 3% amortisrb. Rente 93.95, 3% Rente 93.80, 4 1/2% Anl. 104.10, 5% ital. Rente 93.37 1/2, ägypt. Goldr. 94 1/2, 4% ungar. Goldrente 91.06, 3% Orientanleihe 75.81, 4% Russen 1880 98.10, 4% Russen 1889 96.05, 4% ägypt. Aegyptier 98.50, 4% span. äußere Anleihe 74 1/2, comp. Zinsen 18.40, türk. Loose 73.40, 4% privilegierte türk. Obligationen 416.25, Franzosen 571.25, Combarben 270.00, Comb. Prioritäten 332.50, Banque ottomane 589.00, Banque de Paris 800.00, Banque d'Escompte 480.00, Credit foncier 1241.25, do. mobilier 387.50, Meridional-Actien 682.50, Danamahanal-Actien —, do. 5% Obligat. 27.50, Rio Tinto-Actien 574.30, Guetanal-Actien 2475.00, Sai Pariser 1387, Credit Communal 770.00, Cal. pour le Tr. et l'Exercice —, Transatlantique 537.00, B. de France 4430.00, Bille de Paris de 1871 405.00, Tab. Ottom. 393.00, 2 1/2% angl. Consols —, Wechsel auf deutsche Böse 122 1/2, Condoner Wechsel kurz 25.27, Cheques a London 25.29 1/2, Wechsel Wien kurz 212.25, do. Amsterdam kurz 206.75, do. Madrid kurz 483.25, C. d'Esc. neue 601, Robinson-Act. 66.23, Neue 3% Rente 92.83 1/2.

London, 7. Mai. An der Rüste 4 Weizenladungen angeboten. — Meiler: Heiter, klarer Himmel.

London, 7. Mai. (Schlußcourse.) Engl. 2 1/2% Consols 95 1/2, Dr. 4% Consols 104, ital. 5% Rente 92 1/2, Lombard. 10 1/2, 4% conf. Russen von 1889 (2. Serie) 96, comp. Zinsen 18 1/2, ägypt. Silberrente 79, ägypt. Goldrente 95, 4% ungarische Goldrente 89 1/2, 4% spanier 74 1/2, 3 1/2% privil. Aegyptier 89 1/2, 4% ungar. Aegyptier 95 1/2, 3% garantierte Aegyptier 99 1/2, 4 1/2% ägypt. Tributant. 95 1/2, 6% conf. Mexikaner 88 1/2, Ottomanbank 13 1/2, Guetanal 102, Canada-Pacific 81, De Beers-Actien neue 14 1/2, Rio Tinto 22 1/2, 4 1/2% Rupees 76 1/2, Arg. 5% Goldanleihe von 1888 68 1/2, do. 4 1/2% äußere Gold. anleihe 41, Neue 3% Reichsanleihe 81 1/2, Silber 44 1/2, Blahdiscont 3 1/2. — Wechselnotierungen: Deutsche Böse 20.67, Wien 11.95, Paris 25.537, Petersburg 27 1/2.

London, 7. Mai. Die Bank von England hat heute den Discont von 3 1/2 auf 4 Proc. erhöht.

Leitb, 6. Mai. Getreidemarkt. Weizen voll 1 sh., meiste andere Artikel 6 d. niedriger. Markt gedrückt. **Petersburg, 6. Mai.** Wechsel auf Condon 83.90, do. Berlin 41.05, do. Amsterdam 69.20, do. Paris 33.20, 1/2-Imperialis 637, russ. Bräm.-Anleihe von 1884 (sest.) 244 1/2, do. 1886 224, russ. 2-Orientanleihe 100 1/2, do. 3-Orientanleihe 100 1/2, do. 4% innere Anleihe —, do. 4 1/2% Bodencredit-Briefe 132 1/2, Grobe ruff. Eisenbahnen 223 1/2, russ. Südbahnen-Act. 121 1/2, Petersburger Discontobank 610, Petersburger intern. Handelsbank 508, Petersburger Privat-Handelsbank 284, russ. Bank für auswärt. Handel 283, Markhauser-Act. 300, bank —, russ. 4% 1889er Conf. 129, Brävidiscont 3 1/2.

**Petersburg, 6. Mai.** Productenmarkt. Zals loco 46.00, — Weizen loco 12.00, Roggen loco 8.75, Hafer loco 4.75, Samt loco 46.00, Leinsaat loco 13.00. — Meiler: Kalt. **Newyork, 6. Mai.** (Schluß-Course.) Wechsel auf Condon (60 Tage) 4.85 1/2, Cable-Transfers 4.89 1/2, Wechsel auf Paris (60 Tage) 5.20, Wechsel auf Berlin (60 Tage) 95 1/2, 4% fundierte Anleihe 120 1/2, Canadian-Pacific-Actien 78 1/2, Central-Pacific-Act. 31, Chicago u. North-Western-Actien 110, Chic. Mil.-u. St. Paul-Actien 64 1/2, Illinois-Central-Actien 100, Lake-Shore-Michigan-South-Actien 111, Louisville u. Nashville-Actien 79 1/2, Newp. Lake-Grie.-u. Western-Actien 21 1/2, Newp. Lake-Grie.-u. West. second Bond-Bonds 101 1/2, Newp. Central-u. Hudson-River-Actien 102 1/2, Northern-Pacific-Preferred-Actien 71 1/2, Norfolk u. Western-Preferred-Actien 54 1/2, Philadelphia- und Reading-Actien 33 1/2, Adhison-Lopeha- und Santa Fe-Actien 34, Union-Pacific-Actien 50, Wabash, St. Louis-Pacific-Preferred-Actien 22 1/2, Silber-Bullion 98 1/2, Baumwolle in Newyork 8 1/2, do. in New-Oreans 8 1/2, — Raffin. Petroleum Standard white in Newyork 6.90 bis 7.20, do. do. Standard white in Philadelphia 6.85—7.15, do. rohes Petroleum in Newyork 6.75, do. Pipeline Certificates per Juni 71 1/2, Stetia, Schmal loco 6.90, do. Kobe u. Brothers 7.30. — Zucker (Fair refining Muscovados) 3 1/2. — Raffee (Fair refining Rio Rio) 20, Rio Nr. 7, low ordinary per Juni 17.87, per August 17.32. **London, 7. Mai.** Bankausweis. Totalreserve 12 211 000, Notenumlauf 25 028 000, Baarvorrath 20 786 000, Vorteseulle 30 262 000, Guthaben der Privatlen 28 328 000, do. des Staates 8 027 000, Notenerfere 11 144 000, Regierungssicherheiten 11 838 000 Pf. Sterl. — Procentverhältniß der Reserve zu den Banklen 33 1/2 gegen 34 1/2 in der Bormode. — Clearinghouse-Umlauf 138 Mill., gegen die entsprechende Woche des vorigen Jahres weniger 8 Mill.

## Thorner Wechsel-Rapport.

Thorn, 6. Mai. Wasserstand: 2.04 Meter. Wind: ND. Wetter: schön. **Stromauf:** Von Zordon nach Miesgaa: Dolaszewski 1 Rahn. Von Miesgaa nach Thorn: Krüger 1 Rahn, Parnmann, diverse Stüdglüter.

Was man im Frühjahr thun soll. Alle, welche an dickem Blut und Folge dessen an Hautausschlag, Blutandrang nach Kopf und Brust, Schilopsen, Schwindelanfälle, Müdigkeit etc. leiden, sollten nicht veräumen, durch eine Frühjahrs-Reinigungskur, welche nur wenige Minuten pro Tag kostet, ihren Körper frisch und gesund zu erhalten. Man nehme das hieru befle Mittel: Apotheker Richard Brandts Schwempepille, erhältlich in Schachtel à 1 M. in den Apotheken und achte genau auf den Namenszug und den Vornamen Richard Brandt. Die auf jeder Schachtel und quantitatv gegebenen Bestandtheile sind: Silae, Moschusgarbe, Aloe Albinm, Bitterklee, Centian



